

Wilhelm Bode Forderungen Transformationsprozess Klimawandel, Biodiversität, Wald

Nutzungsverzicht (Wildnis) ist soweit notwendig innerster Linie Aufgabe des öffentlichen Waldes oder staatlich auszugleichen. Öffentlicher Wald hat als öffentliches Wirtschaftseigentum den Natur- und Artenschutz mindestens gleichwertig zur Nutzungsfunktion (Verfassungsgerichtsurteil) den sonst gäbe es keine ordnungspolitische Rechtfertigung, öffentliches Wald-Eigentum auf fast 50% der Waldfläche in öffentlicher Hand vorzuhalten. Allerdings sind die Förderbestimmungen der öffentlichen Hand für Privatwald von Grund auf zu überdenken. Gefördert sollte eine Wiederaufforstung nur, wenn sie die natürliche Sukzession einbezieht und vom Willen getragen ist, sich dem Dauerwald zuzuwenden.

Die Gemeinwohlbestimmung öffentlicher Wälder ist gesetzlich zu konkretisieren: 10% aller öffentlichen Wälder sind stillzulegen und als wissenschaftliche Freilandlabore des Klima- und Artenwandels zu nutzen. Dem öffentlichen Waldbesitz wird gesetzlich untersagt standortfremde Baumarten in seine Wälder einzubringen. Zusätzlich sind 10% ihres stehenden Vorrates in ihren bewirtschafteten Wäldern (> 40cm BHD) dauerhaft als Biotopholz zu erhalten zu kennzeichnen und wirksam vor Nutzung zu schützen.

Das forstliche Ordnungsrecht wird für alle Waldbesitzarten ergänzt und konkretisiert:

1. Kahlschläge, bioklimatisch definiert (größer als 0,1 ha) sind ausnahmslos untersagt.
2. Dazu ist die schlagweise auf eine selektive Einzelbaumnutzung umzustellen.
3. Das Befahren der Waldfläche ist verbindlich auf 8% je ha zu beschränken (also auf einem Maschinenwegabstand von minimal 50m).
4. Der flächenhafte Einsatz von Chemikalien, Düngemitteln und Bioziden im Wald ist unter naturschutzbehördlichen, repressiven Genehmigungsvorbehalt zu stellen.
5. Alle Entwässerungsstrukturen im Wald sind mit öffentlichen Mitteln zurückzubauen.

Forderungen aus der Entgegnung der 70 Unterzeichner zur Moritzburger Erklärung an die Bundesministerin Julia Klöckner vom 10. August 2019 Abkehr von Aufforstung und Holzfabriken

Am 1. August 2019 haben 5 Forstminister der unionsgeführten Länder einen Masterplan für den von Hitze, Borkenkäfer, Feuer und Dürre gebeutelten „Wald“ in Deutschland verabschiedet. Der Bund soll ab 2020 als Reaktion auf den Klimawandel 800 Millionen € bereit stellen um die entstandenen Schäden zu beseitigen, die Schadflächen wieder aufzuforsten sowie für einen „klimaangepassten“ **Waldumbau** u.a. unter Verwendung von nicht heimischen Baumarten, die bisher noch nicht im „Wald“ **angebaut** wurden. Stichwort „Klimaangepasster Zukunftswald 2100. Bemerkenswerter Weise werden die vorwiegend als Folge der Dürre 2018 entstandenen Schäden allein dem Klimawandel angelastet. Dabei trifft der Klimawandel auf einen „Wald“ der systemisch krank ist durch Anpflanzungen nicht heimischer Baumarten, Artenarmut, Monokulturen, Einschichtigkeit, durchschnittlich geringes Lebensalter, maschinelle Bodenverdichtung, Entwässerung etc. etc. Der Masterplan betont: Eine nachhaltige, multifunktionale und „Aktive Waldbewirtschaftung bleibe weiterhin unverzichtbar – und meint damit, es dürfe sich an seinem naturfernen Zustand nichts ändern. Bei all diesen Forderungen wird klar: An der bisherigen, jahrzentlang praktizierten Forststrategie soll sich grundsätzlich nichts ändern.

Das Konzept ist einfach: Bäume fällen – Bäume pflanzen. Allenfalls soll sich das „Design“ der zukünftigen Kunstforsten aus perfekt ausgeklügelten Baumartenmischungen ändern, von denen man glaubt, sie könnten den Klimawandel unbeschadet überstehen. Allen Ernstes will man also der Öffentlichkeit weiterhin eine „Zukunftsstrategie“ zur Rettung des Waldes verkaufen, die nahtlos an das Leitbild einer auf allgemeine Ablehnung stoßenden Holzfabrik anknüpft und angesichts der momentan großflächig zusammenbrechenden Nadelholzplantagen als gescheitert gelten muss. Ein wesentlicher Teil der jetzt abgestorbenen „Wälder“ ist eben jener Teil, der 1947 auf deutlich größerer Fläche als heute als Nadelholzmonokulturen wieder begründet wurde.

Klar ist: **Wir brauchen endlich eine Ruhepause für den Wald** in Deutschland, der jahrhundertlang ausgebeutet wurde. Wir brauchen ein neues, ökologisch orientiertes Konzept für den Wald, - keinen hektischen „Waldumbau“, sondern schlicht **Waldentwicklung – hin zu mehr Naturnähe**, die dem Wald als Ökosystem den notwendigen Spielraum belässt, selbstregulierend auf die sich abzeichnenden Umweltveränderungen reagieren zu können.

Darum fordern die Unterzeichner von der Bundesregierung (und insbesondere von ihnen Frau Klöckner) einen Masterplan der diesen Namen auch verdient:

1. Auf Kalamitätsflächen (schwerpunktmäßig im öffentlichen Wald!) ist die Wiederbegründung durch natürliche Waldentwicklung (Sukzession) u.a. mit Pionierbaumarten zu bewirken. Im Privatwald sind Sukzessionen zur Wiederbegründung gezielt zu fördern. Größere Kalamitätsflächen sollten mit **maximal 400-600 Großpflanzen** heimischer Arten **pro ha** bepflanzt werden, um gleichzeitig Sukzession zuzulassen.

2. Auch zur Förderung der Sukzession sollten die Flächen nicht mehr vollständig und nicht maschinell geräumt werden; es ist so viel Holz wie möglich im Bestand zu belassen (zur Förderung einer optimalen Boden- und Keimbettbildung, des Bodenfeuchte-Speichers sowie eines natürlichen Verbiss-Schutzes). Im Privatwald sollte der Nutzungsverzicht auf den Kalamitätsflächen gezielt gefördert werden, nicht zuletzt aus ökologischen Gründen.

3. Bei der Förderung von Wiederbegründungs-Pflanzungen im Privatwald. Vorrang von standortheimischen Baumarten (aus regionalen Herkunft); weite Pflanzabstände wählen, um der Entwicklung von Pionierarten ausreichend Raum zu lassen.

4. Für die Zukunftswälder: Durchforstungen minimieren (low input-Prinzip), Vorräte durch gezielte Entwicklung hin zu alten, dicken Bäumen aufbauen, Waldinnenklima schützen Selbstkühlungsfunktion fördern (sollte höchste Priorität haben wegen des rasch fortschreitenden Klimawandels!), Schwerstechnik verbieten, weiteren Wegebau und -ausbau unterlassen, natürliche selbstregulatorische Entwicklungsprozesse im bewirtschafteten Wald sowie auf (größeren) separaten Flächen im Sinne eines Verbundsystems zulassen und fördern. Schalenwildichten drastisch reduzieren (Reform der Jagdgesetze).

5. Wie im Bereich des seit den 80er-Jahren etablierten Ökolandbaus sollte die Krise unserer Wälder heute Anlass sein, mindestens 2 bestehende forstlich arbeitende Hochschulen in Hochschulen für interdisziplinäres Waldökosystemmanagement umzuwandeln, ein Beitrag nicht nur zur Fortentwicklung der Forstwissenschaft und Forstwirtschaft in Deutschland, sondern auch von globaler Bedeutung!

Das Ziel muss es sein die Holzproduktion durch weitgehende natürliche Waldproduktion zu leisten und hier in Deutschland, dem Geburtsland der Forstwissenschaft den Anfang damit zu machen.